

22.11.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verkehrsausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/812

**Gebrochene Wahlversprechen und kein Ende:
Was tut die Landesregierung gegen die Staus in Nordrhein-Westfalen?**

Berichterstatter

Abgeordneter Thomas Nüchel

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/812, wird abgelehnt.

Datum des Originals: 22.11.2017/Ausgegeben: 07.12.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag wurde nach der 1. Lesung am 11. Oktober 2017 vom Plenum einstimmig an den Verkehrsausschuss überwiesen.

Die antragstellende Fraktion der SPD begründet den Antrag damit, dass die Autofahrer im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen unter täglichen Staus leiden würden. Staus gäbe es in NRW aufgrund der Bevölkerungsdichte, wegen des ungebremst wachsenden Straßenverkehrs und wegen seiner exponierten Lage als Transitland und Logistikkreuzung in Westeuropa. Unstrittig sei, dass Staus u.a. erheblichen ökologischen und wirtschaftlichen Schaden anrichten würden. Dauerstaus, vor allem in den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr, wie in vergleichbaren Regionen anderer Bundesländer auch, seien zum strukturellen Problem geworden. Aber auch außerhalb der Ballungsräume Nordrhein-Westfalens, so etwa im Verlauf der Bundesautobahn 45, im Bereich Lennetalbrücke, sei Stau fast zum Normalfall geworden. Betroffen seien vor allem Berufspendler und Logistikwirtschaft.

Die CDU habe im Landtagswahlkampf u.a. mit dem Slogan „Bewegung wählen - Weg mit den Staus in NRW“ um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler geworben. Im CDU-Wahlprogramm für 2017 bis 2022 würde sich der Satz: „Wir werden das Stauaufkommen nachhaltig senken“ finden. Damit sei gegenüber vielen gutgläubigen Wählerinnen und Wählern der Eindruck erweckt worden, dass die gelb-schwarze Landesregierung die Staubekämpfung zum Wohle der Autofahrer wirksam vorantreiben würde.

Demgegenüber habe Landesverkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) nach Informationen des WDR am 11. Juli 2017 zum Thema erklärt: „Ich kann nicht versprechen, dass es in dieser Wahlperiode besser wird ... Es gibt keine Baustelle ohne Stau.“

Dieser offenkundige Widerspruch lege die Vermutung nahe, dass es sich um einen weiteren Wählerbetrug handele, weil die Öffentlichkeit hinters Licht geführt würde.

B Beratung

Der Verkehrsausschuss hat den Antrag der Fraktion der SPD erstmalig in seiner Sitzung am 22. November 2017 (Ausschussprotokoll 17/92) aufgerufen und beraten. In dieser Sitzung wurde ebenfalls abschließend beraten.

C Abstimmung

Der Antrag wurde in der Sitzung am 22. November 2017 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Thomas Nüchel
Vorsitzender